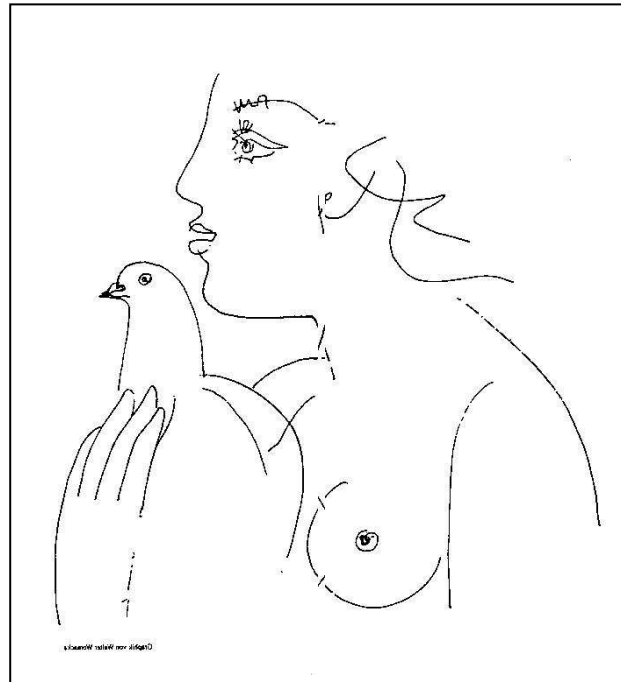


Nr. 145



Der Anti - Pazifist Präsidialer Gottesmann auf dem Kriegspfad

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 10. August 2014

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges strebt der deutsche Imperialismus erneut zum „Platz an der Sonne“.

Der von George W. Bush vor 14 Jahren verkündete „weltweite „Krieg gegen den Terror“, die seitdem von USA und NATO geführten „Weltordnungskriege“ sehen auch den treuen Bündnispartner BRD in Aktion. In diesem Frühjahr hat die EU-Führungsmacht mit dem Einsatz ihres Außenministers beim „Regime change“ in der Ukraine, gemeinsam mit den Faschisten der Svoboda - Partei und vom „Rechten Sektor“ geholfen, eine Putschistenregierung in Kiew zu installieren. Sie hat damit demonstriert, wie sie ihre „neue Verantwortung“ in Europa und in der Welt begreift.

Im Herbst 2013 hatten bekanntlich die der Bundesregierung nahestehende „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) und die Washingtoner German Marshall Fund (GMF) das von Dutzenden hochrangigen Exponenten des Berliner Außenpolitik - Establishments gefertigte Strategiepapier „Neue Macht - neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ vorgelegt. Kerngedanken waren dann in die Koalitionsvereinbarung der CDU/CSU-SPD - Bundesregierung aufgenommen worden. Beispielsweise solche, die von der BRD „stärkere weltpolitische Aktivitäten“ als „Führungsmacht“ erwarten, einer Macht, die „künftig öfter und entschiedener (werde) führen müssen.“ (1) Womit deutscher Hegemonieanspruch verdeutlicht war.

Das Leitmedium „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hatte den gegenwärtigen Koalitionsvertrag der Bundesregierung mit dem von 2005 verglichen und war zu dem Ergebnis gekommen: „Die Formulierungen markieren einen Abschied von der Kultur außenpolitischer Zurückhaltung.“ Betont wurde, dass die BRD „die globale Ordnung aktiv mitgestalten“ werde.

1 www.nachdenkseiten.de/wp.print

Friedenssehnsucht als Störfaktor

Nun will allerdings eine stabile Mehrheit der Deutschen ihren Frieden hierzulande und mit der sie umgebenden Welt. So lehnen seit Jahren mehr als zwei Drittel der Deutschen den Bundeswehr - Einsatz in Afghanistan ab. Dieser Krieg dauert bisher mehr als doppelt so lange dauert wie der Zweite Weltkrieg. 82 Prozent wünschen überhaupt weniger Auslandseinsätze der Bundeswehr. (2) 61 Prozent der bei einer ARD-Erhebung Befragten sprachen sich gegen die geplante Ausweitung des Bundeswehr - Einsatzes in Afrika aus.

73 Prozent sind dafür, dass Deutschland außenpolitisch größere Zurückhaltung übe. Vor zwei Jahrzehnten, also noch vor dem NATO-Krieg zur Zerstückelung Jugoslawiens, waren noch 62 Prozent für eine aktivere Rolle.

Entgegen dieser Stimmungslage wurde die friedensgefährdende Ukraine - Krise von einer durch die Brüsseler NATO-Zentrale systematisch erzeugten Kriegshysterie begleitet. Die Bundeswehr - Ministerin von der Leyen forderte eine größere Präsenz von NATO-Einheiten in der Nähe der russischen Grenze und stellte bundeseigene Einheiten dafür bereit.

In einer zu dieser Zeit erfolgten Meinungsumfrage lehnten 53 Prozent „mehr NATO-Präsenz in östlichen Ländern“ ab. 51 der Befragten sehen - unabhängig von Alter, Bildungsgrad und Parteipräferenz - als wichtigstes Ziel deutscher Außenpolitik „den Frieden in der Welt zu sichern.“ (3)

In der vom deutschen Außenminister betreuten „Review 2014“ wird mit Unverständnis gesagt, in Deutschland sei „eine pazifistische Ideologiesierung“ festzustellen, die sich „wie Mehltau über die außenpolitische Handlungsfähigkeit“ der Bundesrepublik lege. (4)

2 Berliner Zeitung, 21. April 2014 TNS - Infratest -Umfrage , www.koerber-stiftung.de/presse/pressemeldungen

3 ARD Tagesschau.de, 3. April 2014)

4 German Foreign Policy, 20. Mai 2014)

Die deutschen „Musterdemokraten“ stehen vor einem ernststen Dilemma. Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung, ideologisch vom Pazifismus infiziert, stehe dem Vorherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus im Wege.

Für die herrschenden Kräfte in der BRD ist das eine unhaltbare, inakzeptable Situation.

Das deutsche Außenpolitik - Establishment will deshalb, gestützt von den Leitmedien, „Ziele und Anliegen“ der deutschen Weltpolitik „effektiver kommunizieren“. (4) Was auf eine noch vielschichtigere, noch raffiniertere manipulative Einflußnahme der Medien auf das Bewußtsein der Menschen als bisher hinausläuft. Um die geopolitischen und geoökonomischen Ziele des deutschen Imperialismus dem gemeinen Volk „verständlich“ zu machen, soll der Verstand der Bürger mehr und mehr ausgeschaltet werden.

Ein Prototyp solchen „Kommunizierens“ ist übrigens längst zur Stelle.

Der Anti - Pazifist tritt auf

Er hatte sich schon vor seiner Inthronisierung als Bundespräsident als Feldprediger empfohlen.

In seiner Rede zur Verleihung des Börne - Preises 2011 bekannte Gauck: „Ich war nie Pazifist. Es gibt immer wieder Situationen, in denen man ernsthaft prüfen muss, ob ein militärisches Engagement ethisch vertretbar, vielleicht sogar geboten ist...Es ist einfach, von einer pazifistischen Position aus zu sagen: Krieg ist immer schlecht. Krieg mag immer schlecht sein. Aber es gibt mitunter ein Nichtstun, das noch schlechter ist.“

(5) Und Gauck will handeln – auf Teufel drauf los. So verurteilte er, dass im NATO-Krieg gegen Libyen die Bundesregierung sich im Sicherheitsrat der Stimme enthielt und die Bundeswehr nicht unmittelbar zum Einsatz kam. „Ich habe in meinem Leben gelernt“, so der Anti - Pazifist, „dass derjenige, der nichts tut,

nicht unbedingt das Richtige tut.“ (6) Und weiter: „Wenn der Westen um Hilfe gegen die Despotie gebeten werde, dann möge man nicht als erstes die Angst haben, wo es endet, sondern die Freude, dass es beginnt. Meine Güte!“ (7)

Als im Krieg gegen Syrien der Westen Assad den Einsatz von Giftgas unterstellte und Obama einen wochenlangen „Militärschlag“ erwog, der die ganze Region in den Abgrund hätte stürzen können, setzte er auf Losschlagen: „Ich wünsche mir, dass die Völkergemeinschaft sich zusammenschließt und diese Grausamkeit eines Gasangriffs...angemessen beantwortet.“ (8)

Auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, die vom deutschen Bundespräsidenten eröffnet wurde, sah er seine Aufgabe darin, dem Strategiepapier „Neue Macht – neue Verantwortung“ seinen Segen zu geben und es auf seine Weise zu interpretieren.

Zum Auftakt des geschichtsträchtigen Jahres 2014 legte er nicht etwa Lehren aus den schwärzesten Kapiteln deutscher Geschichte dar. Kein Wort über die 17 Millionen Toten des Ersten Weltkrieges. Kein Wort über die 60 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges. Kein Wort folglich über die wiederholten Verbrechen des deutschen Imperialismus und Militarismus gegen die Menschheit. Mit Blick auf die die Stimmungslage ausweisenden Umfrageergebnisse verurteilte Gauck vielmehr alle, „die“, wie er sagte, „die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken.“ (9) 2012 hatte er vor polnischen Studenten beklagt: „Der Deutsche fühlt sich gern wohl, wenn er sich unwohl fühlt.“ (10) Später tröstete er sich mit der Annahme, dass die Neigung, sich schlecht zu fühlen, sich selbst zu betrügen, immer mehr abnimmt.“ (11) Als Bundespräsident ist er entschlossen, die von ihm festgestellte „Weltabgewandtheit und Bequem-

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Juni 2011

7 Junge Welt, 19. Juni 2014

8 Compact, 3/2014

9 [www. bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)

10 Der Spiegel, 11(2014

11 ebenda

lichkeit“, wie er den Friedenswillen vieler Deutscher verketzert, auszuräumen.

Auch vor der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr verurteilte er pazifistische Positionen. Er verhiess den Offizieren und Soldaten: „'Ohne uns' als purer Reflex kann keine Haltung sein, wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen.“ (12) Gauck, der aus deutscher Geschichte nichts gelernt hat, wollte zweifellos die „Ohne -uns - Bewegung“ der 1950er Jahre in der alten Bundesrepublik verurteilen. Damals hatten Sozialdemokraten, Kommunisten und Bürgerlich - Liberalen unter dieser Losung der Remilitarisierung des Landes den Kampf angesagt. Dieser Widerstand zeigte sich auch in der „Anti -Atom - Bewegung“. Gauck schwört, indem er solche Friedens - Positionen diskriminiert und auf die „neue Macht“ baut, die der deutsche Imperialismus erreicht hat, auf militärische Gewalt ein. „Gewalt, auch militärische Gewalt...“, meint er, „kann in einer tief gespaltenen Welt notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden.“ (13) Und da dürfe es kein „Ohne - uns“ geben.

Vor den Führungskräften der Bundeswehr zeigte er sich überzeugt, dass auch bei künftigen globalen Herausforderungen die Bundeswehr die Bewährungsprobe bestehen werde: „Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen - gewissermaßen treffe ich auf ‚Mut - Bürger in Uniform‘.“ (14)

Überhaupt ist er voll des Lobes für die nach der Spaltung Deutschlands von Hitler - Generalen aufgebaute Bundeswehr. Sie bilde einen „Teil“ des „Demokratiewunders“ in Deutschland, „das sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen vollzogen hat.“ Mehr noch: „Die Bundeswehr ist zu einem Friedensmotor geworden.“ Die „Leistungen“ dieses „Friedensmotors“ wurden bei der Zerstörung Jugoslawiens demonstriert. Sie zei-

12 www.bundespraesident.de

13 ebenda

14 ebenda

gen sich in der seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden Okkupation Afghanistans.

Der deutsche Bundespräsident stimmt die Bundeswehr - Angehörigen auf neue „Heldentaten“ und auf Opferbereitschaft ein. Die dürfe man anderen nicht überlassen. „Lassen wir andere unsere Versicherungspolice zahlen? Entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes?“ (15) Gauck erwartet, dass Kriegseinsatz die Bereitschaft zur Hingabe des Lebens einschließt. So erwartet er, „dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz fordert, Aufmerksamkeit und Mut und, eben manchmal auch das ‚Äußerste‘, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben.“ Pazifismus muss aus den Köpfen und der Haltung des Volkes entfernt werden. Das Staatsoberhaupt der BRD, das ist aus seinen Erklärungen zu entnehmen, sieht seine staatsmännische Pflicht darin, das „Selbstverständnis seiner Nation (zu) ändern“, wie „Der Spiegel“ darlegt. Der Deutsche soll sich nicht „schlecht“ oder „unwohl fühlen“. Er soll auch hinsichtlich schmachvoller deutscher Vergangenheit keine psychische Belastung und kein falsch empfundenes Schuldgefühl pflegen. Gauck „möchte, dass sein Land endlich mit sich ins Reine kommt, sich ehrlich macht, so wie er selbst erst mit sich und seinem Land ins Reine kommen müsse, um das zu sein was er jetzt ist“, klärt das Nachrichtenmagazin auf. Und weiter: „Die Freiheit der Erwachsenen ist für ihn die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen. Was er lange nur auf das Individuum bezog, überträgt er jetzt auf die ganze Nation. Deutschland solle endlich erwachsen werden, sprich: mehr Verantwortung übernehmen.“ (16)

Bei diesem Unterfangen stehen ihm Mitglieder des Merkel-Kabinetts zur Seite.

Außenminister Steinmeier und Bundeswehrministerin von der Leyen verlangen, die angebliche „Kultur militärischer Zurückhaltung aufzugeben.“ Wie Gauck plädieren beide, „mehr Ver-

15 Der Spiegel, 11/2014

16 ebenda

antwortung, mehr deutsches Engagement.“ „Es werde von den Verbündeten „zu Recht von uns erwartet, dass wir uns mehr einmischen. Steinmeier hebt weiter hervor, militärische Mittel dürfe man dabei nicht „aus dem Denken verbannen.“ (17) Und von der Leyen wandelt die schon bekannte Formel etwas ab: „Entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes? Gleichgültigkeit ist keine Option für Deutschland.“ (18) Als Bundeswehrministerin fühlt sie sich verpflichtet, Klartext zu sprechen: „Europa“ komme ohne kriegerische Mittel „im Spiel der globalen Kräfte nicht voran.“ (19) Und geheimnisvoll fügt sie ihrem Ruf zu mehr Engagement hinzu: „Wir haben Schlüsselkapazitäten und Fähigkeiten, die andere Nationen nicht haben.“ (20) Bei manchem Altgedienten werden möglicherweise Erinnerungen an die vor knapp 70 Jahren versprochene „Wunderwaffe“ wach. Nach diesen Rufen und Erklärungen zur Bereitschaft fügt der Vorzeige - Europäer und Finanzminister der Bundesregierung, Schäuble, hinzu: „Wir Europäer müssen begreifen, dass wir viel attraktiver und stärker sind, als viele glauben. Wir brauchen mehr Selbstbewusstsein. Europa hat eine globale Mission.“ (21)

Militärische Gewalt für Menschenrechte?

Die Bereitschaft zu „mehr Engagement“, die Entschlossenheit, „dass wir uns mehr einmischen“, braucht Anlässe. Als langjähriger Deckmantel diene der „weltweite Krieg gegen den Terrorismus“. Und nicht zuletzt auch und immer erneut „die Verteidigung der Menschenrechte“, die „Schutzverantwortung“ für bedrohte Menschenrechte.

Der deutsche Bundespräsident hatte sich auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz zum „Leidenden“ in Menschenrechtsfra-

17 German Foreign Policy, 18. April 2014

18 Die Zeit, 07/2014

19 German Foreign Policy, 31. Januar 2014

20 Junge Welt, 19. Juni 2014

21 Der Spiegel, 22/2014

gen erklärt: „Ich weiß, und ich leide wie viele Menschen auf der Welt daran, dass nicht überall dort eingegriffen wird, wo es...geboten wäre. Im Fall Syrien hat sich dieses Dilemma jüngst wieder gezeigt.“ (22)

Nach der Münchner Konferenz dominierte die Ukraine - Krise die internationale Debatte und Berichterstattung. Das deutsche Engagement und die mit dieser Krise hervorgerufene Destabilisierung der ganzen Region, der vom milliardenschweren Oligarchen Poroschenko geführte Bürgerkrieg und die Verschärfung des Konflikts mit Russland entsprachen dem Kalkül Gaucks. Befriedigt meinte er: „Wenn die Bundesregierung jetzt sehr aktiv ist im Ukraine - Konflikt, dann ist das in dem Sinne, wie ich es gemeint habe.“ (23)

Im Sommer wandte sich der Bundespräsident wieder verstärkt Menschenrechtsfragen zu. Deutschland, so konstatierte er im „Deutschlandfunk“, „steht an der Seite der Unterdrückten. Es kämpft für Menschenrechte. Und in diesem Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben unschuldiger Menschen ist es manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen.“ (24)

Und im ZDF - Sommer - Interview 2014 antwortete er auf die Frage, warum die Deutschen ihre lang gehegte Zurückhaltung im Kampf um Menschenrechte aufgeben sollten: „Aufgegeben haben sie ihre Zurückhaltung schon, als wir unter anderen Regierungen das erste Mal uns entschlossen haben, im Bündnis mit anderen, unsere Bundeswehr einzusetzen. Wir haben das ja nicht nur in Afghanistan getan, sondern auch früher schon im Balkan, und wir sind darüber hinaus bei vielen UN - mandatierten Einsätzen dabei. Das heißt, ich habe nichts Neues gefordert, sondern uns bewusst machen wollen: Wir sind keine Insel, und wir haben eine Welt, und in dieser einen Welt ist die Haltung der Verantwortung, die für mich im Zentrum des ganzen

22 www.bundespraesident.de

23 Politik im Spiegel, 17. Juni 2014

24 Deutschlandfunk, 14. Juni 2014

politischen Lebens, auch des privaten Lebens steht, so wichtig.“
(25)

In diesen seinen Ausführungen sind gleich etliche Ungereimtheiten und Unwahrheiten versteckt:

Erstens geht es gar nicht um die „aufgegebene Zurückhaltung der Deutschen“. Es geht um die Zurückhaltung des deutschen Imperialismus und seiner politischen Elite. Sie war so lange erzwungen, wie der Sozialismus in Europa existierte. Danach orientierte Bundeskanzler Kohl auf die „Rückkehr zur Normalität.“ Und sein Nachfolger im Amt Schröder konnte die „Enttabuisierung des Militärischen“ ausrufen. Der Überfall auf Jugoslawien und der Krieg in Afghanistan bezeugen die „Normalität“ des „Militärischen“ im erneuten Streben des deutschen Imperialismus nach einem „Platz an der Sonne“.

Die Deutschen aber vertreten mehrheitlich das Prinzip, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen sollte.

Zweitens erweckt Gauck den Anschein, als wenn Kriege der NATO und die Teilnahme der Bundeswehr UN - mandatierte Einsätze gewesen seien. Tatsächlich wurden in von den USA seit langem geführten Kriegen das Völkerrecht mit Füßen getreten, die UN-Charta negiert, die Souveränität anderer Staaten verletzt.

Drittens wurden in dem von George W. Bush verkündeten „weltweiten Krieg gegen den Terror“ Menschenleben millionenfach vernichtet.

Die Vereinigung Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges sprach bereits Mitte 2012 nach über zehn Jahren Weltordnungskrieg von 1,7 Millionen Todesopfern allein im Irak, in Afghanistan und in Pakistan. Den Kriegen gegen Jugoslawien, Libyen und Syrien fielen mindestens weitere 200.000 Menschen zum Opfer.

Menschenrechte mit Hilfe von Krieg verteidigen zu wollen ist infamer Betrug an den Völkern und ein Verbrechen. Die

Kriegsverbrecher sprechen hinsichtlich der Opfer menschenverachtend von „Kollateralschäden“.

Der Anti - Pazifist Gauck, der danach ruft, zum angeblichen Schutz der Menschenrechte „manchmal auch zu den Waffen zu greifen“, spricht falsch Zeugnis. Ob er das Bibelwort: „Die Seele des Herrn hasst...diejenigen, die Gewalt lieben“ je ernst genommen hat, ist kaum anzunehmen.

Bei diesem Betrug und Verbrechen gegenüber den Völkern kommt noch ein weiterer wesentlicher Punkt hinzu: Unter dem Vorwand eines Schutzes der Menschenrechte sollen geopolitische und geoökonomische Ziele gedeckelt werden. Vor allem die Verteidigung des höchsten Werts der kapitalistischen Gesellschaftsordnung – der Sicherung von maximalem Profit.

Um ökonomische Interessen und Profit

Hinter den mit einer angeblichen „Schutzverantwortung“ selbst legitimierten „humanitären Einsätzen“ verbergen sich stets geopolitische und geoökonomische Interessen der USA und der mit ihnen verbündeten imperialistischen Hauptmächte BRD, Frankreich und Großbritannien. Es geht um den Zugang zu und die Beherrschung von Ressourcen und um die Sicherung von politischem Einfluss in strategisch wichtigen Ländern und Regionen.

Alle bisherigen Weißbücher der Bundesregierungen und alle Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) der Bundeswehr sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.

Die „sicherheitspolitischen Interessen“ des deutschen Kapitals sind ein Kernpunkt der Bundeswehr - Aufgaben. In den VPR von 2011 heißt es darüber, es gelte, „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“(26) Weißbücher und Verteidigungspolitische Richtlinien sind für den „inneren Bereich“ bestimmt. Sie sind nicht für die Öffentlichkeitsarbeit gedacht.

26 www.bmvg.de

Als vor vier Jahren das damalige Staatsoberhaupt Horst Köhler meinte, sich offen zu dieser dem Grundgesetz widersprechenden Aufgabenstellung für militärische Einsätze äußern zu können, befand er sich auf dem Holzweg. Er war anlässlich eines Truppenbesuchs in Afghanistan redselig geworden. Seine Einschätzung sei, „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall, auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern.“ (27)

Der damalige Grünen - Fraktionschef Trittin zeigte sich empört: „Wir brauchen weder Kanonenbootpolitik noch eine lose rhetorische Deckschankone an der Spitze des Staates.“(ebenda) Scheinheilig und wider besseres Wissen wurden selbst von Köhlers Parteifreunden „Alleingänge der Bundeswehr“ und „Wirtschaftskriege“ abgelehnt. Jedenfalls musste Köhler gehen. Inzwischen stehen die Signale unverblümt auf „Neue Verantwortung“. Das gegenwärtige deutsche Staatsoberhaupt hatte sich allerdings schon vor seiner Wahl über die Rolle der Menschenrechte als Deckmantel für weitergehende Ziele geäußert und so wärmstens bei SPD und Grünen für das hohe Amt empfohlen. Gauck bekannte vor vier Jahren: „Sicher sind unter der Flagge der humanitären Einsätze manchmal auch aggressive oder nationale Interessen verborgen.“ (28) Als Bundespräsident bekennt er: „Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung...Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein.“ (29) Die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung applaudiert: Deutschland müsse endlich „raus aus der Komfortzone“.

27 Spiegel online, 27. Mai 2010

28 Ebenda

29 Focus, 28. Juni 2010, zit. in: www.nachdenkseiten.de/wp.print

In einem Reader der Stiftung heißt es, man müsse es „akzeptieren, dass ein Agieren außerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Rahmens vonnöten sein kann.“ (30) Deutschland als Weltordnungsmacht soll sich demnach beim Einsatz seiner Bundeswehr in Weltordnungskriegen für freie Handelswege und den Zugang zu Ressourcen nicht um das Völkerrecht Gedanken machen. Wichtig ist, dass Deutschland, genauer gesagt, das deutsche Großkapital, auch weiterhin „überdurchschnittlich“ von einer „offenen Weltordnung“ „profitiert“. Für diese Ordnung hat Gauck in einem Gespräch im „Deutschland - Radio Kultur“ „abermals für mehr Bundeswehreinätze im Ausland geworben. Deutschland müsse seine „Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Mittel aufgeben.“ (31) Der Bundespräsident bewegt sich getreu der Vorgabe, wie sie im erwähnten Strategiepapier von SWP und GMF umrissen ist. Da wird nämlich erklärt:

„Deutschlands Geschichte, seine Lage und knappe Ressourcen werden es dabei immer wieder veranlassen, konkrete strategische Ziele mit Augenmaß zu formulieren.“ (www.swp-berlin.org) Der Generalstab der Bundeswehr dürfte sicherlich erforderliche Vorarbeit geleistet haben.

Absage an „Gotteskrieger“

Aus der Fülle der Zurückweisungen von Gaucks ideeller Mobilisierung für mehr militärische Einsätze, um Deutschland als Weltordnungsmacht gesellschaftsfähig zu machen, hier einige Beispiele. Norbert Müller, Landtagsabgeordneter der LINKEN, sagt: „Mancher bleibt sich treu. Andere werden Bundespräsident und widerliche Kriegshetzer.“ (32)

Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, erklärt: „Maulheld Gauck sollte selber an die Front. Und seine Befürworter aus CDU CSU SPD Grünen gleich mit! Bin ich froh, dass

30 Friedensjournal, 2/2014

31 German Foreign Policy, 2. Juli 2014

32 Berliner Zeitung, 16. Juni 2014

ich schon immer gegen diesen kriegsgeilen reaktionären Pfaffen war.“ (33)

Jan von Aken, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, stellt fest: „Ein Bundespräsident, der quasi als Feldherr die Bundeswehr mit Hurra in die Welt schicken möchte, stellt sich gegen die Bevölkerung und begibt sich damit ins Abseits.“ (34)

Jürgen Todenhöfer, Publizist und ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, wandte sich auf seiner Facebookseite an Gleichgesinnte: „Liebe Freunde, was haben wir bloß getan, um einen solchen ‚Dschihadisten‘ als Präsidenten zu bekommen.“ Todenhöfer nennt Gauck ein „Sprachrohr der Rüstungsindustrie“ und einen überdrehten „Gotteskrieger“.

Wenige Tage später erläuterte Todenhöfer den Zweck seinen offenen Protestes: „Ich will eine breite gesellschaftliche Diskussion anstoßen, darüber, ob Deutschland, wie Gauck fordert, sich häufiger an Kriegen beteiligen soll oder ob wir eher versuchen sollten, in Konflikten ehrliche Makler zu sein....Auch humanitäre Kriege, für die er offenbar plädiert, haben zur Folge, dass 90 Prozent der Opfer Zivilisten, Frauen und Kinder sind....Gauck repräsentiert hier nicht die Haltung der Deutschen. Und er repräsentiert damit auch nicht unsere Verfassung...Gauck ist selbstverständlich kein Terrorist. Aber er macht den Krieg salonfähig. Das ist schlimm und überhaupt nicht christlich. Deutschland war schon an zu viel Kriegen beteiligt, wir haben da keinen Nachholbedarf.“ (35)

In einem von 67 ostdeutschen Theologen unterzeichneten offenen Brief an den Bundespräsidenten widersprechen die Unterzeichner entschieden der auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz von Gauck verteidigten Notwendigkeit von militärischen Konfliktlösungen. Zu seinen positiven Äußerungen über die deutsche Beteiligung an Militäreinsätzen wird erklärt: „Mit dieser Rede verabschieden Sie sich aus dem Kon-

33 Berliner Zeitung, 26. Juni 2014

34 Junge Welt, 16. Jni 2014

35 German Foreign Policy, 16. Juni 2014

sens von 1989 und empfehlen der Bundesrepublik eine andere Politik als die damals von uns geforderte.“ In dem Brief verweisen die Theologen auf die pazifistische Tradition der evangelischen Kirche in der DDR. (36)

Erstmals ließ Gauck den Chef seines Bundespräsidialamtes zu den Kritiken an seiner Münchner Rede Stellung beziehen. Der Bundespräsident werde, so wird entgegnet, auch weiterhin von einem christlichen Wertefundament aus agieren. Das Bundespräsidialamt verweist auf die „Barmer Theologische Erklärung“ von 1934. In ihr wird zur Friedensproblematik ausgesagt: Das Wort Gottes will einen Staat, der „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden“ sorgt. (37)

Das faschistische Regime konnte daraus unschwer das „Recht“ ableiten, den - von ihm inszenierten - Anschlag auf den Sender Gleiwitz zum Anlass für die „Ausübung von Gewalt“, also für die Auslösung des Zweiten Weltkriegs nehmen.

Das Präsidialamt kommentiert die „Barmer Theologische Erklärung“ mit den Worten: „Der evangelische Christ Gauck kann somit nicht erkennen, dass der vom Evangelium gewiesene Weg ausschließlich der Pazifismus sei.“ (38) Das deutsche Staatsoberhaupt kann also aus der Barmer Erklärung das „Recht“ ableiten, auch weiterhin für die „Androhung und Ausübung von Gewalt“, also für mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr zu agieren.

Gauck betont, er sei nie Pazifist gewesen.

Pazifismus ist laut Wikipedia eine „ethische Grundhaltung, die Krieg grundsätzlich ablehnt. 1815, vor zweihundert 200 Jahren, entstanden die ersten pazifistischen Friedensgesellschaften. Nicht wenige ihrer Mitglieder beriefen sich auf die christliche

36 Frankfurter Rundschau, 23. Juni 2014, Berliner Zeitung, 29. Juli 2014

37 de.wikipedia.org/wiki/Barmer_Theologische_Erklärung

38 Berliner Zeitung, 1. August 2014

Friedensbotschaft. Vor dem Ersten Weltkrieg entstanden zahlreiche Friedensgesellschaften. Kongresse gegen den drohenden Krieg wurden durchgeführt.

1914, vor einhundert Jahren, starb Bertha von Suttner. Ihr auf-rüttelnder Ruf „Die Waffen nieder!“ bleibt auch für unsere Tage Leitmotiv aller Friedenswilligen.

Die gegensätzliche ideologische Einschätzung zum Pazifismus ist der Bellizismus. Er bezeichnet, laut Wikipedia, die Befürwor-tung des Krieges, die Neigung, internationale Konflikte grund-sätzlich durch militärische Gewalt zu lösen.

Bertha von Suttner sah als bürgerliche Aufklärerin ihre Lebens-aufgabe darin, bellizistischen Auffassungen und Programmen konsequent zu begegnen und den Antagonismus zwischen Kriegsgegnern und Kriegsverherrlichern zu verdeutlichen. Sie warnte vor den physischen und psychischen Folgen des Krie-ges. Sie mahnte die internationale Öffentlichkeit: „Es ist eine bekannte Tatsache, dass man mit gewissen Schlagwörtern der leichtgläubigen Menge nach Belieben Sand in die Augen streu-en kann.“

Dem präsidialen Prediger gegen den Pazifismus fällt, wie im-mer wieder zu sehen ist, so manches Schlagwort ein, um Sand in die Augen seiner Zuhörer zu streuen.

Die erwähnten Ergebnisse repräsentativer Umfragen stimmen hoffnungsvoll, dass gesunder Menschenverstand trotz massiver Beeinflussung durch die der politischen Elite und der Massen-medien erhalten bleibt und sich schließlich in den internationa-len Beziehungen durchsetzt.